

Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
Februar 2010

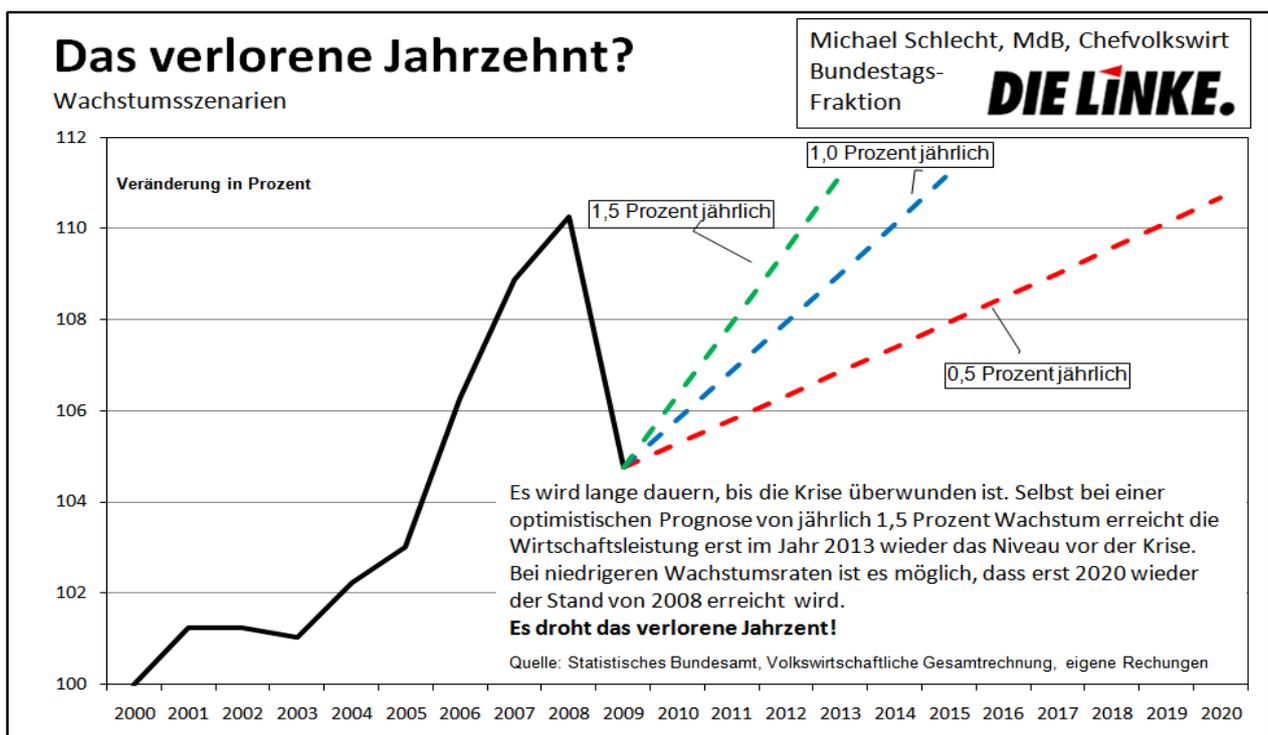
DIE LINKE.

Der lange Schatten der Krise

Die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren hat tiefe Spuren in Deutschland hinterlassen. Im Jahr 2009 brach die Wirtschaft um fünf Prozent ein. Dies ist ein Verlust an jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen in der Größenordnung von 125 Milliarden Euro. Das durch Schröder eingeleitete Lohndumping und Frau Merkels Weigerung, rechtzeitig massive Konjunkturprogramme aufzulegen, haben die Wirtschaft an die Wand gefahren.

Viele Beschäftigte fürchten um ihren Arbeitsplatz oder haben ihn schon verloren, vor allem in den Exportregionen Süddeutschlands. Im Bereich der Metall- und Elektroindustrie sind in Baden-Württemberg 2009 mehr als fünf Prozent der Arbeitsplätze vernichtet worden. Bundesweit waren das über 50.000 Arbeitsplätze in dieser wichtigen Exportbranche.

Die Kurzarbeit hat bislang das Schlimmste verhindert und die bescheidenen Konjunkturpro-



gramme haben den Abschwung etwas gebremst. Selbst die will die Bundesregierung Ende 2010 auslaufen lassen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt vor einem erneuten Abschwung, wenn die Regierungen zu früh aus den Konjunkturprogrammen aussteigen.

Wenn es das Konjunkturpaket nicht gegeben hätte, wären wir weniger!

Eberhard Schulte, Bauunternehmer, Berliner Morgenpost, 25.01.2010

Jobwunder Deutschland?

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt scheint erstaunlich stabil. Im Dezember waren 3,3 Millionen Menschen arbeitslos. Im Jahresdurchschnitt 2009 traf es 3,4 Millionen Menschen, das waren „nur“ etwa 160.000 mehr als im Vorjahr. Aber der gebremste Anstieg der Arbeitslosigkeit beruhte bislang auf vier Faktoren:

1. Kurzarbeit: Im letzten Jahr befanden sich durchschnittlich etwa 1,1 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Rund 500.000 Arbeitsplätze konnten so gesichert werden. Selbst wenn die Prognose der Regierung eintritt und die Wirtschaft um 1,4 Prozent wächst, werden aus Kurzarbeitern früher oder später Arbeitslose.

Der Sachverständigenrat rechnet für 2010 bei einer Prognose von 1,6 Prozent mehr Wachstum mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 500.000.

2. Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten: In der Vergangenheit haben Unternehmen zunehmend Arbeitszeiten flexibilisiert und Arbeitszeitkonten angelegt. Hier hatten sich in größerem Umfang Zeitguthaben angesammelt, die in der Krise abgebaut wurden.

Ohne Kurzarbeit und mehr Teilzeit läge die offizielle Arbeitslosigkeit um eine Million höher!

3. Statistische Tricks: Die Bevölkerung schrumpft. Die Zahl der Arbeitsuchenden sank in 2009 um jeweils 140.000. Ohne diesen Rückgang läge die Arbeitslosigkeit entsprechend höher.

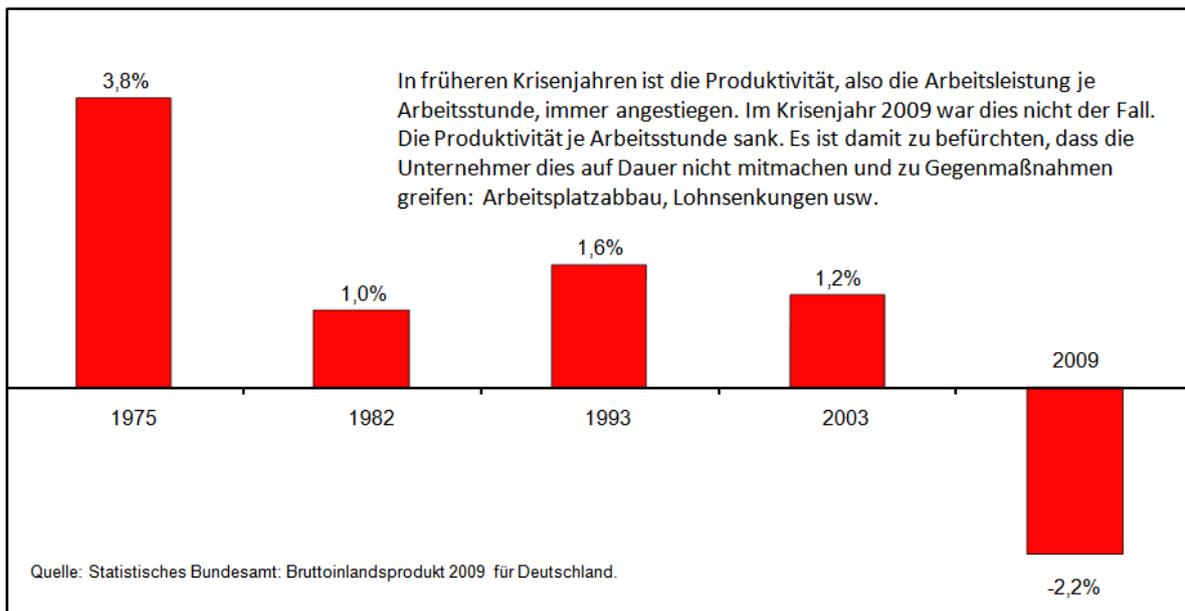
Mit Tricks sind auch immer mehr Arbeitslose aus der Statistik geflogen. Man muss davon ausgehen, dass die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen um mehr als eine Million höher ist, als offiziell gemeldet.

2009 sind weitere 200.000 Menschen aus der Statistik gefallen, weil sie von privaten Arbeitsvermittlern betreut und nicht mehr mitgezählt werden.

Produktivität in Krisenjahren

Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt
Bundestagsfraktion

DIE LINKE.



4. Billigjobs: Die Unternehmer nutzen die Krise, um die Beschäftigten noch mehr unter Druck zu setzen. Aus anständigen Arbeitsplätzen werden Billigjobs. Im letzten Jahr wurden 240.000 sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen vernichtet, während 220.000 Teilzeitjobs entstanden.

Die Arbeitsstunden sind von 58 Milliarden in 2008 auf 56 Milliarden in 2009 gesunken. Ein entsprechender Rückgang bei der Anzahl der Erwerbstätigen hätte 1,2 Millionen weniger Jobs bedeutet. Die Arbeitslosigkeit läge schon jetzt bei 4,5 Millionen.

Diese Verringerung um zwei Milliarden Arbeitsstunden ist eine Folge der Kurzarbeit. Die Billiglohnstrategie der Unternehmer führt ebenso zur Absenkung der Arbeitszeit. Vollzeitjobs werden in Teilzeit- oder Mini Jobs umgewandelt.

Arbeitszeitverkürzung sichert Arbeitsplätze. Jedoch zahlen die Beschäftigten auf Druck der Unternehmer einen hohen Preis: Einkommenseinbußen, Lohndumping und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen.

Die Arbeitsleistung je Beschäftigten ist 2009 das erste Mal in einer Krise um fast fünf Prozent gesunken. Die Produktivität je Arbeitsstunde sank um zwei Prozent. Die Differenz ist

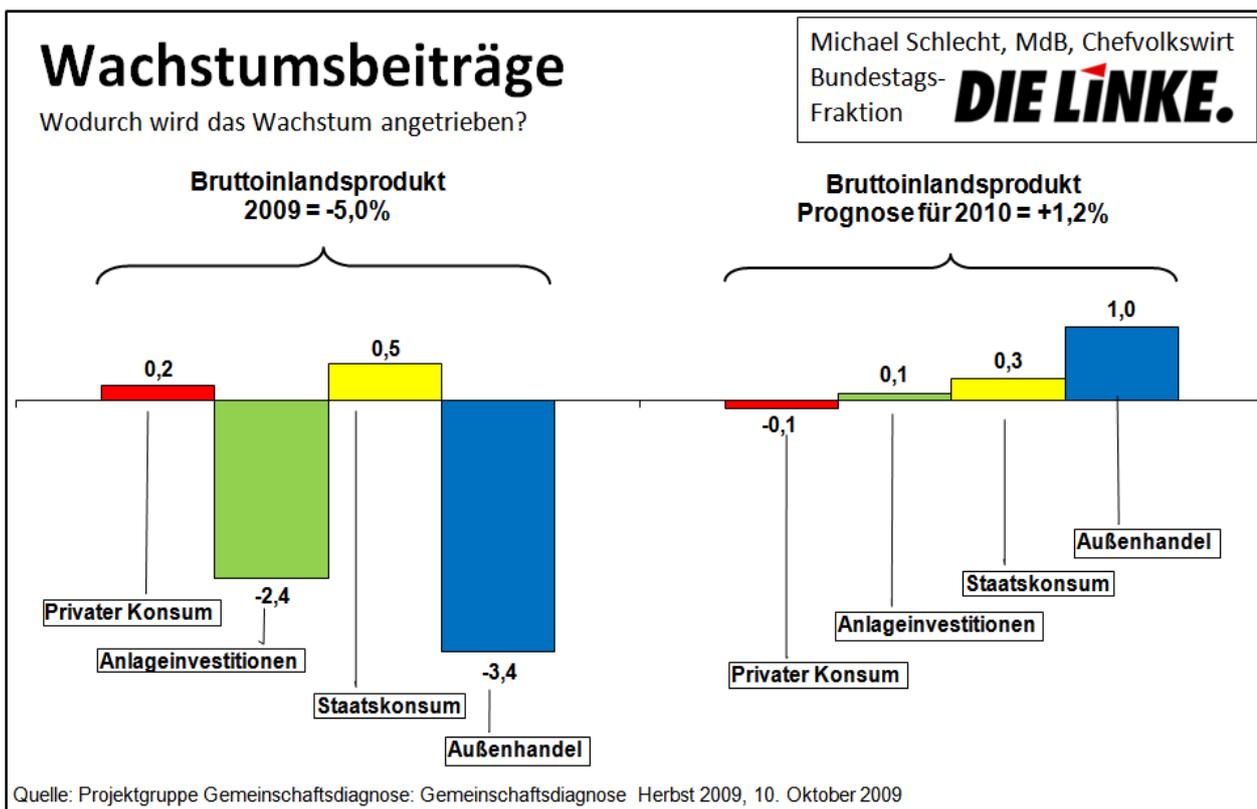
auf die Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen. Die Absenkung der Produktivität in der Krise hat es in der Vergangenheit noch nie gegeben.

Die Unternehmer haben bis zur Bundestagswahl stillgehalten. Der Personalbestand wurde nicht in dem Umfang verringert, wie die Aufträge eingebrochen sind. Vor allem im Maschinenbau und der Automobilindustrie bestehen hohe Überkapazitäten und eine gesunkene Produktivität. „Mit Kurzarbeit lässt sich dem nicht beikommen, denn die Unternehmen haben richtig zu leiden“, sagt der Schrauben- und Dübel-Milliardär Reinhold Würth. Und die „Leidensfähigkeit“ der Unternehmer ist nach der Bundestagswahl sehr begrenzt.

Land in Sicht?

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten, dass die Arbeitslosigkeit 2010 auf vier Millionen steigt. Unterstellt ist ein Wirtschaftswachstum von um die 1,5 Prozent; die Bundesregierung erwartet ein Plus von 1,4 Prozent. Aber selbst bei einem derartigen jährlichen Wachstum wäre frühestens 2013 das Niveau vor der Krise erreicht.

Von nichts kommt nichts: Die Bundesregierung stützt ihre Hoffnung vor allem auf eine Bele-



bung der Exporte. Vom privaten Konsum und Investitionen in Fabriken und Maschinen (Anlageinvestitionen) bzw. Staatsausgaben wird kaum ein Wachstumsbeitrag erwartet.

Selbst bei guter Wirtschaftsentwicklung wird die Krise noch viele Jahre zu spüren sein!

Weltwirtschafts-Lotto

Die deutschen Exporte sind auf dem Höhepunkt der Krise um bis zu 30 Prozent eingebrochen. Die Prognosen für die Exporte sind inzwischen wieder euphorisch. Die Bundeskanzlerin verspricht: „Wir werden alles unternehmen, damit unser Land stärker aus der Krise herauskommt, als wir reingegangen sind.“ Ist es also möglich, in Zukunft sogar noch höhere Exportüberschüsse zu erzielen?

Die deutschen Exporte beruhen auf einer starken Weltwirtschaft. Seit 2000 haben unsere Handelspartner knapp eine Billion Euro mehr Waren und Dienstleistungen in Deutschland gekauft als wir bei ihnen. Mit anderen Worten: Das Ausland hat sich bei uns verschuldet.

Zwei weitere Länder haben ebenfalls massiv auf Exportüberschüsse gesetzt: China und Japan. Die Überschüsse dieser drei Länder sind

vor allem von einem Land durch Verschuldung finanziert worden: Durch die USA.

Den größten Anteil am deutschen Exportüberschuss haben die USA. Von 2000 bis 2008 belief er sich auf 220 Milliarden Euro. In gleicher Höhe haben die USA sich gegenüber Deutschland verschuldet. Die Verschuldung der USA hängt folglich auch mit der Wirtschaftspolitik Deutschlands zusammen, das mit Billiglöhnen gegenüber den USA Marktanteile erobert hat. Die Agenda 2010 bzw. Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und Hartz IV waren Lohnsenkung per Gesetz. Sie waren und sind nicht nur ein sozialpolitischer Skandal, sondern haben den Unternehmern ermöglicht, den Weltmarkt zu erobern.

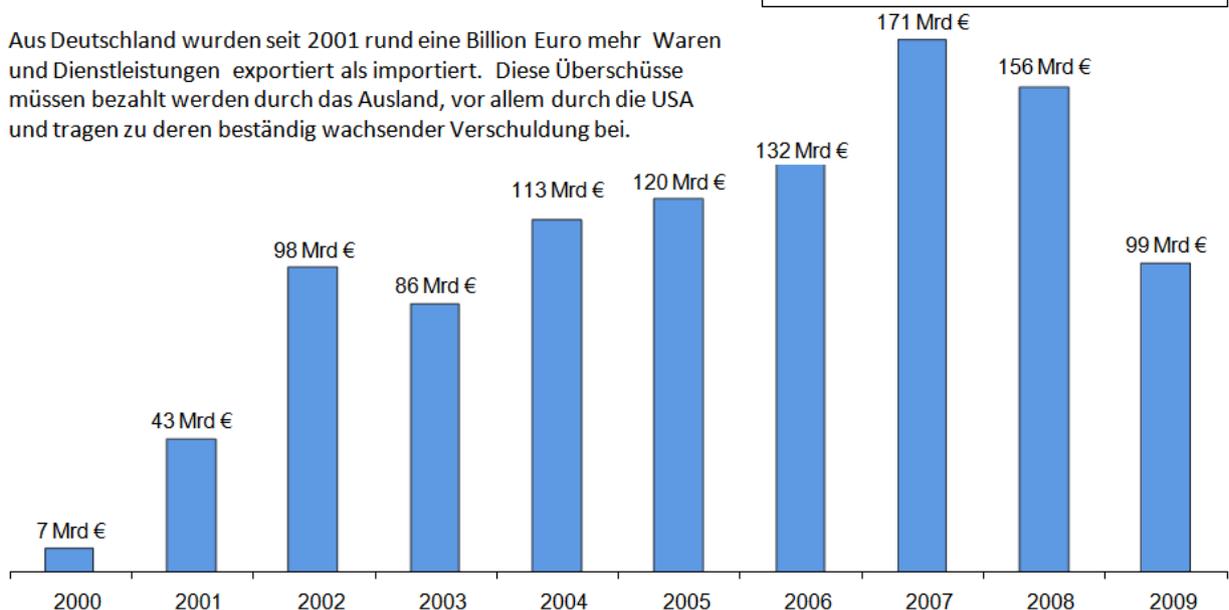
Deutschlands Handelspartner sind überschuldet. Der deutsche Exportzombie hat sich sein eigenes Grab geschaufelt.

Mit Blick auf die Verschuldung der privaten Haushalte in den USA kann man daher festhalten: Hartz IV hat mit der Obdachlosigkeit von ehemaligen amerikanischen Hausbesitzern mehr zu tun, als manche sich träumen lassen. Wenn die privaten Haushalte in den USA mehr sparen, wird Deutschland weniger Waren und

Deutsche Exportüberschüsse

Saldo Waren und Dienstleistungen 1999 - 2009

Aus Deutschland wurden seit 2001 rund eine Billion Euro mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als importiert. Diese Überschüsse müssen bezahlt werden durch das Ausland, vor allem durch die USA und tragen zu deren beständig wachsender Verschuldung bei.



Quelle: Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt 2009 für Deutschland.

Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt
Bundestags-
Fraktion

DIE LINKE.

Dienstleistungen exportieren. Die Sparquote ist der Anteil des Einkommens den die privaten Haushalte nicht ausgeben. Wenn die Sparquote in den USA etwa auf acht Prozent ansteigt, dann führt dies zu einem Nachfragerückgang von 800 Milliarden Dollar. Dies entspricht rund 1,4 Prozent des Weltmarktes. Eine Sparquote von acht Prozent ist gleichwohl noch recht niedrig im Vergleich mit der deutschen, die bei fast 12 Prozent liegt.

Die USA werden in Zukunft als großer Staubsauger für die Außenhandelsüberschüsse anderer Staaten ausfallen. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass die deutschen Exportüberschüsse dauerhaft das alte Niveau halten. Vorrübergehend mag dies möglich sein, wenn mit weiteren Lohnsenkungen die Aggressivität der Unternehmer auf dem Weltmarkt nochmals gesteigert wird. Allerdings ist eine Fortdauer und Steigerung der Ungleichgewichte nur Vorbereitung für den nächsten Kriseneinbruch.

Die in den letzten Monaten gut laufenden Exporte hängen damit zusammen, dass vor allem China und die USA riesige Konjunkturprogramme aufgelegt haben, die jedoch in absehbarer Zeit auslaufen. Vor allem sind sie in den

USA nicht beliebig verlängerbar, da sie nur auf Pump finanziert sind.

Deutschlands Billiglöhne gefährden den Euro

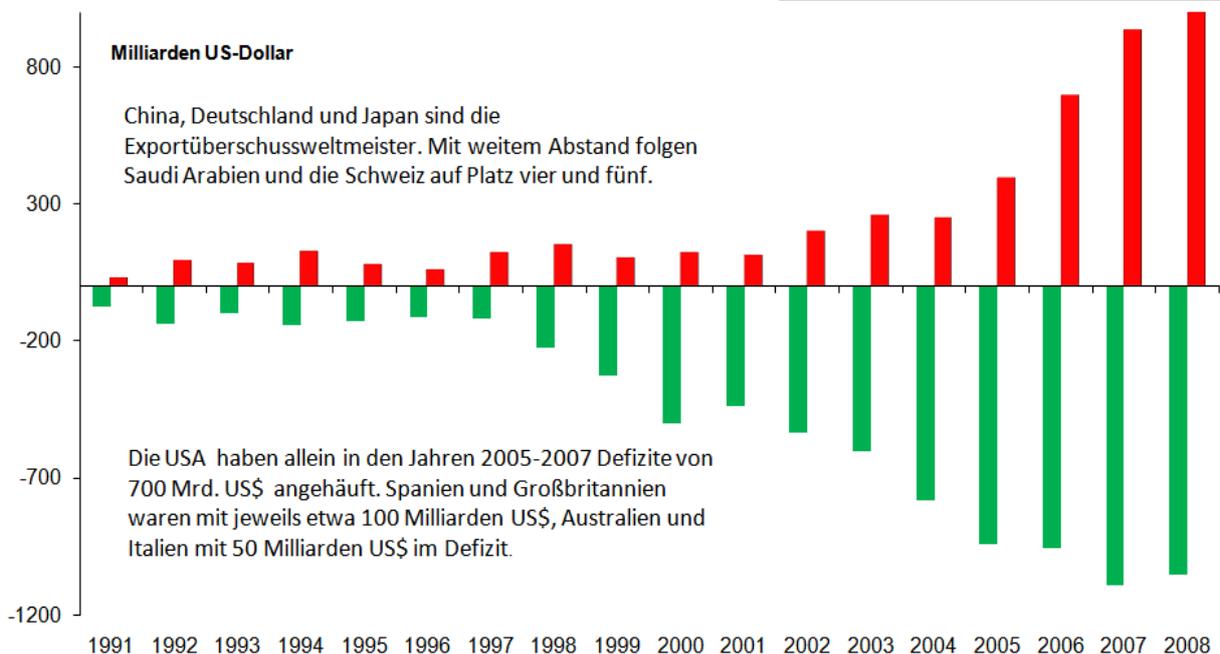
Der drohende Staatsbankrott Griechenlands, aber auch die Probleme Spaniens und Portugals haben ebenfalls mit deutscher Wirtschaftspolitik zu tun. Die Exportüberschüsse in diese Länder belaufen sich seit 2000 auf mehr als 220 Milliarden Euro; Spanien hat alleine ein Defizit von 160 Milliarden Euro.

Die Lohnstückkosten sind der wichtigste Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit. In Griechenland sind die Lohnstückkosten von 1999 bis 2008 um 26 Prozent gestiegen. Dies entspricht dem EU-Durchschnitt ohne Deutschland. In unserem Land sind die Lohnstückkosten im gleichen Zeitraum jedoch nur um acht Prozent gestiegen. Deutschland hat die Spielregeln der Währungsunion stärker verletzt als Griechenland. Sicher hat Griechenland auch eigene Fehler gemacht. Jedoch wäre die aktuelle Entwicklung ohne die aggressive deutsche Wirtschaftspolitik undenkbar.

Die Bundesregierung hat bislang Hilfen verwei-

Weltweite Ungleichgewichte wachsen

Die Top-Fünf Überschuss- und Defizitländer
Summe der Handelsbilanzüberschüsse und -defizite



Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt
Bundestags-
Fraktion

DIE LINKE.

Quelle: Internationaler Währungsfonds

gert. Mittlerweile setzt ein Umdenken ein. Wie die Hilfen im Einzelnen aussehen, ist zum Redaktionsschluss dieses Textes nicht bekannt. Entscheidend wird sein, dass die deutsche Regierung sich für Euro-Anleihen einsetzt, mit denen Griechenland sich günstiger auf dem Kapitalmarkt finanzieren kann. Frau Merkel scheint zu dämmern, dass ohne Hilfen für Griechenland der Euro gesprengt werden könnte. Entscheidend ist aber, dass die deutsche Wirtschaftspolitik geändert wird. Der aggressive Wettbewerbsdruck durch Lohndumping muss beendet werden.

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union (EU). Wachstum und Jobs entstehen daher vor allem im Inland. Unternehmen investieren nur, wenn sie erwarten, ihre Waren und Dienstleistungen abzusetzen. Dazu müssen Beschäftigte und sozial Bedürftige mehr Geld in die Geschäfte tragen. Aber woher nehmen und nicht stehlen?

Die Binnennachfrage muss gestärkt werden. Dabei kommt es vor allem auf den privaten Konsum an. Der Konsum steht und fällt mit der Entwicklung der Löhne. Denn stärker kommen wir nur aus der Krise raus, wenn es den Menschen besser geht.

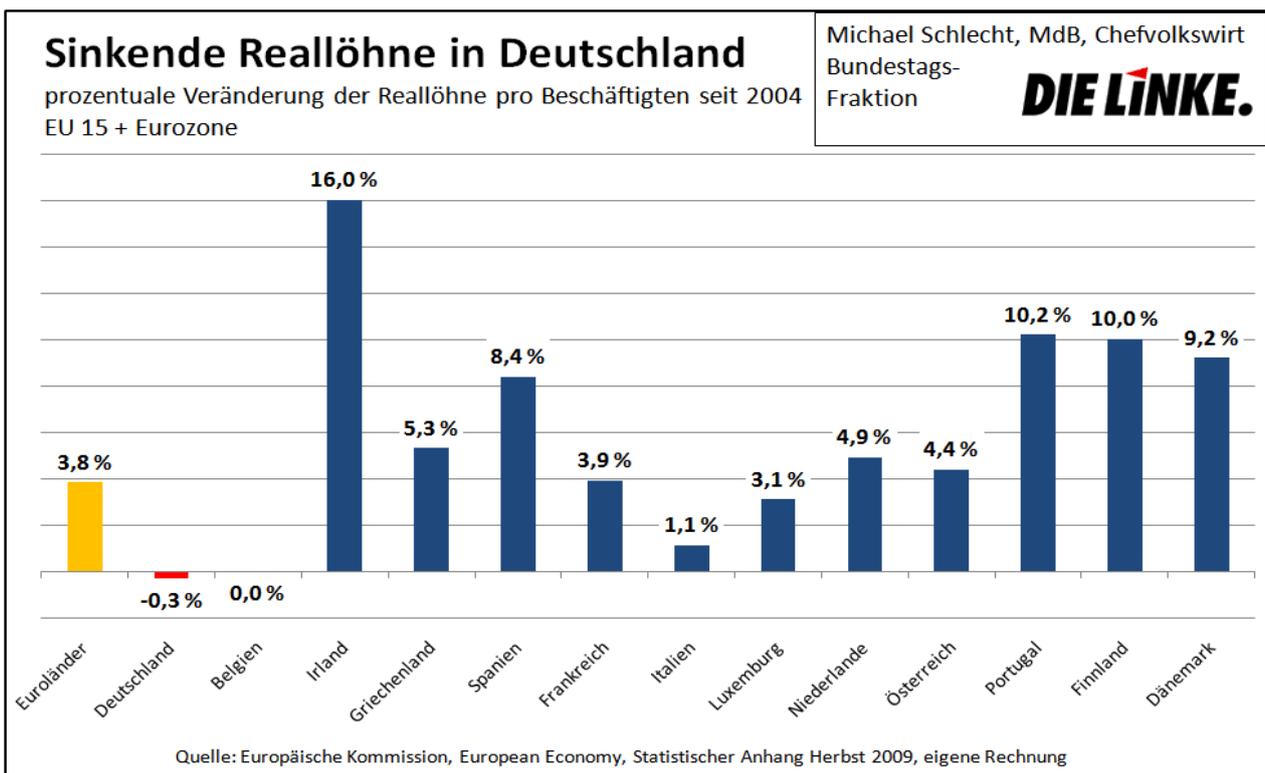
Höhere Löhne sind die Grundlage für höheres Wachstum in Deutschland. Ver.di fordert für die rund zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Lohnerhöhung und weitere Verbesserungen im Gesamtvolumen von fünf Prozent. Wirtschaftspolitisch kommt die Forderung genau zum richtigen Zeitpunkt. Die öffentlichen Arbeitgeber beziffern die Kosten auf etwa fünf Milliarden Euro. Könnte dies durchgesetzt werden, würde zur dringend benötigten Stärkung der Binnenwirtschaft beigetragen.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes für ihre Forderungen streiken, dann ist dies nicht nur ein Beitrag zur Verbesserung der persönlichen Lage. Sie leisten auch einen großen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung unseres Landes. Die Streikenden sind die, die etwas für unser Land tun, nicht die Regierung mit ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen höhere Löhne, um die geringere Exportdynamik zu verkraften.

Privater Konsum: Ohne Moos nix los

Die privaten Konsumausgaben blieben trotz der Krise bisher relativ stabil. Das lag auch an den



Lohnerhöhungen 2009, die bereits vor Beginn der Krise vereinbart wurden. Damals konnten die Beschäftigten tarifliche Einkommenserhöhungen von etwa drei Prozent durchsetzen.

Ein Rückgang der privaten Konsumausgaben blieb aber vor allem aus, weil die Menschen weniger sparten. Die „Abwrackprämie“ war dabei der Sommerhit. Ohne eine Zunahme der PKW-Käufe um 23 Prozent hätte der private Konsum in 2009 nicht um ein halbes Prozent zugelegt, sondern abgenommen.

Die – wenn auch bescheidene – Rentenerhöhung vom Sommer 2009 und der geringe Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit haben die Wirtschaft gestützt. Für Wachstum reicht Stabilität allein aber nicht aus, dazu muss der private Konsum deutlich steigen.

Im Jahr 2003 sind die Reallöhne das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik während eines Aufschwungs gesunken. Auch 2009 sind die Reallöhne wieder gefallen – das sechste Mal in Folge. Und das trotz eines Anstiegs der Tarifeinkommen um 2,6 Prozent. Der Grund sind Kurzarbeit, schwache Tarifbindung sowie die Strategie der Unternehmer reguläre Arbeitsplätze durch Billigjobs zu ersetzen. Schlecker etwa feuert in der Krise im großen Stil Beschäftigte, um sie anschließend für etwa sechs Euro als Zeitarbeiter wieder einzustellen.

Auch in diesem Jahr sollen laut Bundesregierung die Reallöhne wieder sinken. Sinkende Löhne bedeuten auch Nullrunden für Rentnerinnen und Rentner. Der private Konsum soll laut Sachverständigenrat in diesem Jahr um insgesamt 0,1 Prozent fallen. Eine Stabilisierung bzw. ein Anstieg der Einkommen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern wird also dringender denn je.

Deutschland hat die USA bei den Billigjobs eingeholt

Aber danach sieht es nicht aus: In keinem anderen Industrieland der Welt ist der Niedriglohnsektor so stark gewachsen wie in Deutschland. Etwa ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse werden zum Niedriglohnsektor gerechnet. Das entspricht dem Anteil der Billigjobs in den USA.

Wenn die Löhne sinken kaufen die Menschen weniger Waren und Dienstleistungen. Die Unternehmen werden die zusätzlichen Profite ins Casino tragen. Die Kommission der Vereinten Nationen zur Regulierung der Finanzmärkte unter Vorsitz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz kam daher zu einem eindeutigen Ergebnis: Lohnsenkungen sind eine wichtige Ursache von Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Fallende Löhne sind eine wichtige Ursache der Wirtschaftskrise

DIE LINKE fordert daher unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, eine strikte Begrenzung der Leiharbeit sowie eine Anhebung des Arbeitslosengelds II. Nur so kann die Rutschbahn der Löhne nach unten gestoppt und die Binnennachfrage erhöht werden.

Konjunkturkiller Kreditklemme

Unternehmen brauchen Kredite um zu wachsen und zu investieren. Durch die Abschreibung von Giftpapieren haben Banken bereits erhebliche Summen an Eigenkapital verloren. Damit sinkt die Möglichkeit zur Kreditvergabe, da Banken Kredite nur in einem bestimmten Verhältnis zum Eigenkapital vergeben dürfen.

Die deutschen Banken haben nach Schätzung des IWF noch nicht einmal die Hälfte der Schrottpapiere abgeschrieben. Die privaten Banken zocken im Unterschied zu Sparkassen wieder munter mit Steuergeldern. Die Deutsche Bank machte 2009 schon wieder fünf Milliarden Euro Profit, zwei Drittel davon entfielen auf das Investmentbanking. Aber Unternehmen bekommen trotz Niedrigzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) immer schwerer Kredite.

Wenn nicht schnell etwas passiert, droht die Kreditverknappung zum Konjunkturkiller zu werden.

Albert Rupprecht, Chefkontrolleur des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), Handelsblatt, 6. November 2009

Im ersten Halbjahr 2009 gingen laut einer Umfrage über 40 Prozent der Unternehmensinsol-

venzen auf fehlende Kredite zurück. Dabei handelte es sich häufig um Unternehmen mit guter Auftragslage.

Laut der Wirtschaftsauskunftei *Bürgel* soll es 2010 einen Nachkriegsrekord bei den Unternehmensinsolvenzen geben: In Europa nehmen seit Monaten Unternehmen und private Haushalte viel weniger Kredit auf. Das Kreditvolumen sank laut Europäischer Zentralbank (EZB) im November 2009 das dritte Mal in Folge. Und zwar erstmals seit Einführung der Statistik 1992. Das bedeutet, dass weniger neue Kredite aufgenommen als alte zurückgezahlt werden.

Die Kreditklemme könnte die wirtschaftliche Erholung abwürgen. Außer Empörung über Bankmanager, dass sie zu wenig Demut zeigen, hat die Bundesregierung aber nichts zu bieten.

Für die Verluste der Banken haben bislang die Steuerzahler bezahlt. Die Regierung hat einen Hilfsfonds in Höhe von 480 Milliarden Euro aufgelegt. DIE LINKE will die Zocker zur Kasse bitten, etwa mit einer Millionärsteuer sowie einer Bankensteuer wie sie US-Präsident Obama vorgeschlagen hat.

Die privaten Banken gehören in öffentliche Hand. Das ist die billigste Lösung. Dann kann der Staat den Schrott aussortieren, die Banken bekommen günstiger Kapital und die zukünftigen Bank-Gewinne landen beim Steuerzahler.

Warum nicht voranschreiten und verstaatlichen? Denkt dran, je länger wir mit Zombie-Banken leben, desto schwieriger wird es die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Paul Krugman, Nobelpreisträger für Ökonomie, New York Times, 22. Februar 2009

Schwarz-Gelb plündert öffentliche Kassen

Die Konjunkturpakete der großen Koalition haben die Krise abgefedert. Obwohl die Bundesregierung die falschen Schwerpunkte setzte und im internationalen Vergleich viel zu knickrig war. Öffentliche Ausgaben und Investitionen

bedeuten nämlich auch zusätzliche Einnahmen für die privaten Haushalte und Unternehmen.

Ende 2010 laufen diese Impulse aus. Allein dieser Rückgang wird die Konjunktur belasten. Hinzu kommen schwarz-gelbe Steuergeschenke, die die katastrophale Lage der öffentlichen Haushalte weiter verschärfen.

Bis 2013 summieren sich die Defizite von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherung auf mehr als eine halbe Billion Euro.

Staatsausgaben schaffen mehr Wachstum als Steuersenkungen. Insbesondere wenn die Steuern nur für Reiche sinken .

Das ist unseriöse Finanzpolitik: Denn öffentliche Investitionen fördern die Wirtschaft und schaffen Zukunft durch Top-Universitäten, eine ökologische Energieversorgung und bessere Kinderbetreuung. Sie bringen über höheres Wachstum sogar mehr Einnahmen für die öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme.

Die Ökonomin und Beraterin von US-Präsident Barack Obama Christina Romer schätzt, dass ein Dollar Staatsausgaben 1,6 Dollar Einkommen schafft. Einmalige Steuersenkungen für Reiche landen hingegen nur im Casino und entziehen dem Staat für immer Geld.

Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschleunigt lediglich den Kollaps der öffentlichen Haushalte.

Die Gesamtverschuldung liegt heute bei gut 1,7 Billionen Euro. Die Zinszahlungen werden dadurch zu einer immer stärkeren Belastung. Aktuell zahlt der Staat insgesamt etwa 67 Milliarden Euro Zinsen im Jahr. Der Bund hat mit gut 40 Milliarden Euro daran den größten Anteil. Auch wenn die Zinsen im Moment günstig sind: Langfristig müssen für mehr Schulden auch mehr Zinsen gezahlt werden. Laut Finanzplanung steigt die Zinsbelastung allein für den Bund um über 20 Prozent auf 52 Milliarden Euro im Jahr 2013.

Trotzdem hat die neue Koalition mit dem sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ Steuersenkungen für reiche Erben und Unter-

nehmen im Umfang von acht Milliarden Euro beschlossen. FDP und CDU haben für die reduzierten Mehrwertsteuern für Hotels sogar Spenden von Mövenpick und Schöller kassiert. Politik ist käuflich: Bis heute verdienen SPD und Grüne durch Parteispenden der Allianz an der Privatisierung der Rente. Für 2011 sind laut Koalitionsvertrag weitere Steuersenkungen vereinbart, die künftig sogar fast 20 Milliarden Euro jährliche Einnahmeausfälle verursachen.

Gleichzeitig erfordert die sogenannte „Schuldenbremse“ ab 2011 einen erheblichen Konsolidierungsbedarf. Bis 2016 müssen alleine im Bundeshaushalt jährlich 10 Milliarden Euro eingespart werden, um die Vorgaben der Schuldenbremse zu erfüllen. Wenn Herr Schäuble keine versteckten Geld-Koffer hat, muss dies über sinkende Ausgaben geschehen. Denn Steuererhöhungen bei Reichen und Vermögenden ist für Schwarz-Gelb tabu. Die Zeche zahlen also wieder die kleinen Leute.

Die Steuergeschenke von heute sind der Rotstift von morgen.

Angesichts der katastrophalen Lage der öffentlichen Haushalte droht ein künftiger Kahlschlag bei öffentlichen Investitionen und sozialen Leistungen. Die Regierung wartet nur die NRW-Wahl im Mai ab.

Länder und Gemeinden

Die Steuerpolitik wird maßgeblich vom Bund gestaltet, hat aber Auswirkungen auf alle öffentlichen Haushalte. Mit Recht regt sich Widerstand aus allen Parteien. Es mussten bereits Haushaltssperren verhängt werden, zum Beispiel in den Landeshauptstädten München und Stuttgart. Selbst FDP-Politiker gehen auf die Barrikaden.

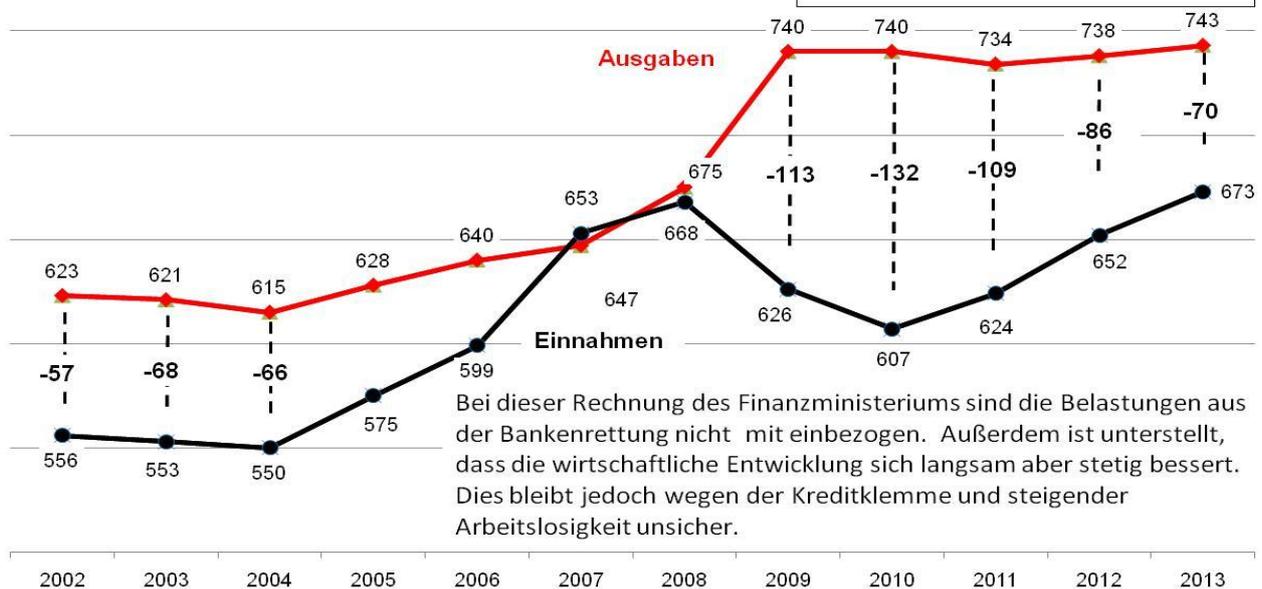
Die Gemeinden erhalten etwa 40 Prozent ihrer Finanzmittel aus eigenen Steuereinnahmen. Gut ein Drittel stammt aus Zuweisungen von Bund und Ländern. Gebühren machen knapp zehn und Sonstiges – unter anderem Veräußerungserlöse, Ausgleichszahlungen, Beiträge – knapp 20 Prozent aus. Die Zuweisungen stammen im Wesentlichen aus den Steuern und Steueranteilen der Länder, etwa an der Einkommen- und der Umsatzsteuer.

Den Gemeinden drohen Rekord-Defizite. Die krisenbedingten Ausfälle bei den Steuereinnahmen sind die Hauptursache. Zu rund einem Drittel tragen aber auch Steuersenkungen dazu bei. Die Hilfen aus dem Konjunkturpaket II sind nur ein – zudem zeitlich eng begrenzter – Tropfen auf den heißen Stein. 90 Prozent der Kommunen können die Steuerausfälle nicht ausgleichen.

Bis 2013: Mehr als 500 Milliarden Euro fehlen

Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern, Kommunen und

Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt
Bundestags-
Fraktion **DIE LINKE.**



Bei dieser Rechnung des Finanzministeriums sind die Belastungen aus der Bankenrettung nicht mit einbezogen. Außerdem ist unterstellt, dass die wirtschaftliche Entwicklung sich langsam aber stetig bessert. Dies bleibt jedoch wegen der Kreditklemme und steigender Arbeitslosigkeit unsicher.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, August 2009

Es kann nicht sein, dass alles zu Lasten der Länder geht. Ich habe meinen Amtseid auf die hessische Verfassung abgelegt, damit ist das Land Hessen mein Arbeitgeber und nicht die FDP.

Jörg-Uwe Hahn, FDP, stellvertretender Ministerpräsident in Hessen, Tagespiegel, 1. November 2009

Städte und Gemeinden brauchen ausreichende und stabile Einnahmen um ihre Aufgaben zu meistern. Dazu müssen für die öffentlichen Haushalte mehr und nicht weniger Steuern zur Verfügung stehen.

In der Vergangenheit haben Rot-Grün, sowie die große Koalition durch Steuergeschenke an Unternehmer und Reiche auf Milliarden verzichtet. Dies hat immer mehr Geld auf die Finanzmärkte gespült. Ein gerechtes Steuersystem muss endlich die Profiteure zur Kasse bitten.

Politiker, die auf Steuereinnahmen verzichten, plündern die öffentlichen Kassen und vernichten Wachstum und Jobs.

Hätte Deutschland nur den durchschnittlichen Steuersatz der EU-15 Länder würde die öffentliche Hand jährlich etwa 120 Mrd. Euro mehr einnehmen. Damit könnten wir bessere öffentli-

che Leistungen finanzieren und in die Zukunft investieren.

Zukunftsprogramm

Die LINKE fordert ein staatliches Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro pro Jahr. Die Schwerpunkte sind Klimaschutz, ökologischer Umbau, Infrastruktur, Verkehr, Bildung und Gesundheit. Mehr als zwei Millionen zusätzliche, tariflich bezahlte Arbeitsplätze werden so geschaffen. Davon allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst für Erziehung und Bildung, Pflege und Gesundheit und weitere wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge. Eine weitere Million durch staatliche Auftragsvergabe an die Privatwirtschaft. Aufgrund der Arbeitsplatzeffekte hat das Zukunftsprogramm erhebliche Selbstfinanzierungseffekte und kostet höchstens 50 Milliarden Euro im Jahr.

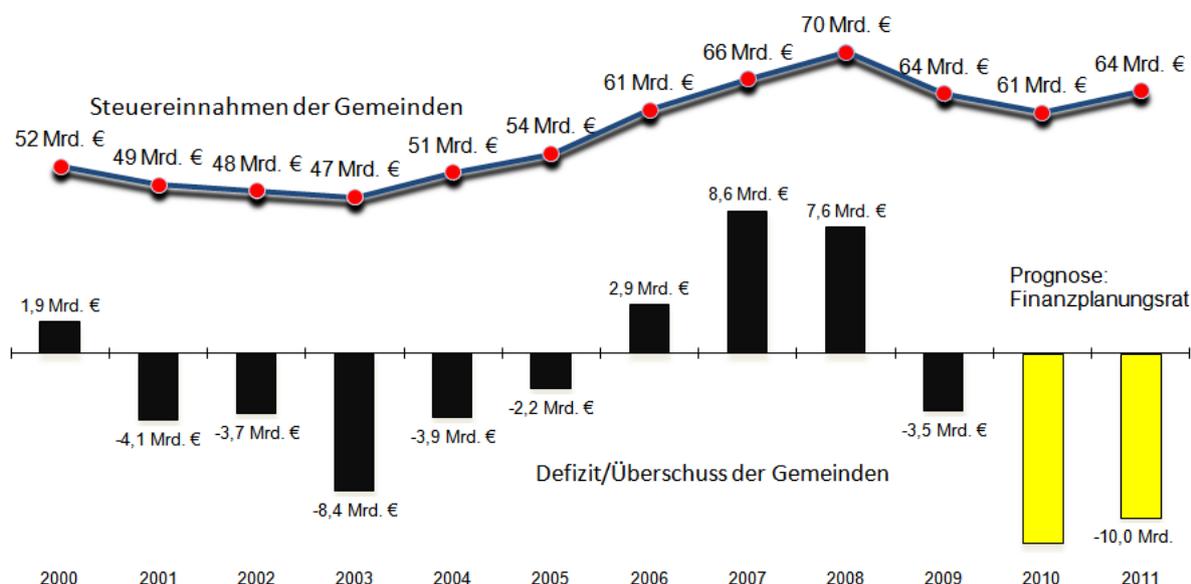
Finanziert werden kann dies durch die Milliardärsteuer. So können allein 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen erzielt werden. Mit weiteren steuerlichen Einnahmen bei Reichen und Vermögenden können insgesamt mindestens 160 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden.

Mit dem Zukunftsprogramm können wir stärker aus der Krise herauskommen.

Gemeinden vor dem Kollaps

Kommunale Steuereinnahmen und Finanzierungssaldo

Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt
Bundestagsfraktion
DIE LINKE.



Quelle: Gemeindefinanzbericht 2009, Steuerschätzungen 2009, Bundesministerium der Finanzen: Finanzplanungsrat

-11,5 Mrd.